



PRESSEMITTEILUNG

Nr.195/GP

18.10.2017

**Huml: Digitale Chancen im Gesundheitswesen nutzen - Bayerns
Gesundheits- und Pflegeministerin zur P.E.G.-Fachtagung in München**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt auf wichtige Fortschritte durch die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Huml betonte am Mittwoch anlässlich der 18. P.E.G.-Fachtagung in München: "Die Möglichkeiten der modernen Technik müssen zum Wohl der Patientinnen und Patienten besser genutzt werden. Das ist der Schlüssel zu noch mehr Qualität und Effizienz in den Bereichen Gesundheit und Pflege."

Die Ministerin unterstrich: "Gerade für ein Flächenland wie Bayern ist es wichtig, die Digitalisierung im Gesundheitswesen zügig voranzutreiben. Schon jetzt leistet zum Beispiel die Telemedizin einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden und hochwertigen Versorgung in Bayern. Daran müssen wir anknüpfen."

Das Bayerische Kabinett hatte im Mai dieses Jahres die Eckpunkte für das Investitionsprogramm "Bayern Digital II" zur digitalen Zukunft Bayerns verabschiedet. Das Programm umfasst für die nächsten fünf Jahre zusätzliche Investitionen in Höhe von drei Milliarden Euro.

Huml hob hervor: "Im Rahmen von 'Bayern Digital II' setzen wir mit unserem Projekt 'DigiMed Bayern' große Hoffnungen in die Präzisionsmedizin: Durch die Analyse von bereits vorhandenen und künftig zu erhebenden großen Datenmengen individueller Patienten sollen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen zielsichere Diagnosen erstellt und Krankheiten effektiver behandelt werden können. Daraus können sich völlig neue Behandlungsansätze, völlig neue Therapien und auch völlig neue Arzneimittel entwickeln. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Das eigentliche Ziel ist es, die Entstehung dieser Krankheiten bestmöglich zu verhindern."

Die Ministerin fügte hinzu: "Die Digitalisierung kann helfen, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns noch besser zu versorgen. Aber bei aller Begeisterung für digitale Neuerungen gilt: Der Schutz der Privatsphäre hat oberste Priorität. Die Bürgerinnen und Bürgern müssen auch weiterhin die Selbstbestimmung über ihre Daten behalten."